Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/883

28. 03. 95

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

der Abgeordneten Kristin Heyne, Michaele Hustedt, Vera Lengsfeld, Dr. Jürgen Rochlitz und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1995
— Drucksachen 13/50 Anlage, 13/516, 13/527, 13/528 —

hier: Einzelplan 16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 16 07 – Bundesamt für Strahlenschutz – werden in der Titelgruppe 03 – Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle

- der Titel 531 31 – Unterrichtung der Bevölkerung über Maßnahmen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle – 353 TDM – gestrichen,
- der Titel 712 32 – Errichtung von Anlagen des Bundes zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Konrad) – 288,7 Mio. DM – gestrichen,
- der Titel 712 33 – Errichtung von Anlagen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (Gorleben) – 129,8 Mio. DM – gestrichen,
- der Titel 712 34 – Ausbau des Endlagers Morsleben – 60,916 TDM – gestrichen,
- in Kapitel 16 04 – Reaktorsicherheit und Strahlenschutz –
- der Titel 532 02 – Untersuchungen zu Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen, insbesondere der Reaktorsicherheit – 48 Mio. DM – gestrichen.

Streichung 527 769 000 DM

Die Atomenergieförderung für die osteuropäischen Länder, in Kapitel 16 04

– der Titel 686 03 – Beitrag zum multilateralen Sicherheitsfonds für die Verbesserung der Sicherheit von Kernkraftwerken sowjetischer Bauart – 10 Mio. DM,
– der Titel 686 04 – Beitrag zum Aktionsprogramm Tschernobyl – Verpflichtungsermächtigung 38 Mio. DM,
– der Titel 896 01 – Investitionen zur Verbesserung der technischen Sicherheit von Kernkraftwerken sowjetischer Bauart – 15,2 Mio. DM
– sind umzuwidmen und für eine alternative Energieversorgung in den jeweiligen Ländern einzusetzen.

Umwidmung 25,2 Mio. DM und VE 38 Mio. DM

In Kapitel 16 02 – Allgemeine Bewilligungen – werden
für umweltpolitische Forschungsvorhaben
– der Titel 532 07 – Untersuchungen zu umweltpolitischen Grundsatzfragen – um 10 Mio. DM auf 17,9 Mio. DM erhöht,
– der Titel 532 15 – Untersuchungen auf den Gebieten der Reinhaltung der Luft und der Lärmbekämpfung sowie Entwicklung von Verfahren und Einrichtungen auf diesen Gebieten – um 10 Mio. DM auf 25,1 Mio. DM erhöht,
– der Titel 532 16 – Untersuchungen auf den Gebieten der Wasserwirtschaft und der Abfallwirtschaft sowie Entwicklung von Verfahren und Einrichtungen auf diesen Gebieten – um 21 Mio. DM auf 31,3 Mio. DM erhöht,
– der Titel 532 17 – Förderung von Demonstrationsvorhaben auf dem Gebiet des Umweltschutzes – um 6 Mio. DM auf 10,9 Mio. DM erhöht,
– der Titel 532 19 – Untersuchungen zu Umwelteinwirkungen auf die menschliche Gesundheit, zum Bodenschutz und zu Chemikalien – um 11,5 Mio. DM auf 20,6 Mio. DM erhöht
und neu eingerichtet
– der Titel 533 03 – Untersuchungen zum Projekt „Nachhaltig umweltverträgliches Deutschland" – mit 5 Mio. DM,
– der Titel 533 04 – Integration des Umweltschutzes in die übrigen Politikbereiche – mit 5 Mio. DM,

Erhöhung 68,5 Mio. DM

für Zuschüsse an Umweltverbände und Vereinigungen
– der Titel 685 04 – Zuschüsse an auf dem Umweltgebiet tätige Verbände und sonstige Vereinigungen – um 1718 TDM auf 3,4 Mio. DM erhöht,
– der Titel 685 06 – Zuschüsse zu Maßnahmen von Verbänden und sonstigen Vereinigungen auf dem Umweltgebiet – um 5 Mio. DM auf 8 840 TDM erhöht,

Erhöhung 6 718 000 DM

für Umweltschutzmaßnahmen
– der Titel 892 01 – Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen – um 31 Mio. DM auf 123,4 Mio. DM erhöht,
– der Titel 896 04 – Investitionen zur Verminderung grenzüberschreitender Umweltbelastungen – um 30 Mio. DM auf 50 Mio. DM erhöht,

Erhöhung 61 Mio. DM

für den Naturschutz in der Titelgruppe 01 Naturschutz

- der Titel 684 11 – Zuschüsse an Vereinigungen auf dem Gebiet des Naturschutzes – um 800 TDM auf 1 601 TDM erhöht,
- der Titel 882 11 – Zuweisungen zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlicher repräsentativer Bedeutung – um 35 Mio. DM auf 75 Mio. DM erhöht,
- der Titel 892 11 – Zuschüsse für Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Gebiet des Naturschutzes – um 14,5 Mio. DM auf 29 Mio. DM erhöht.

Erhöhung 50,3 Mio. DM

Bonn, den 20. März 1995

Kristin Heyne
Michaele Hustedt
Vera Lengsfeld
Dr. Jürgen Rochlitz
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung rühmt sich, 0,3 % ihres Haushalts für den Bereich der Umweltministerin auszugeben. Ein Anteil von 0,3 % am Gesamthaushalt ist angesichts der existierenden und drohenden Umweltschäden zu gering. Der angestrebte Anteil von 0,3 % wird zwar nominell erreicht, real bleibt wegen der hohen Aufwendungen für den Titel 16 04 „Reaktorsicherheit und Strahlenschutz" und 16 07 „Bundesamt für Strahlenschutz" für den Umwelt- und Naturschutzbereich nur 0,12 %. Tatsächlich gibt die Bundesregierung also mehr als die Hälfte dieses Etats für die Atomenergie und ihre Folgen aus, für eine Technologie, die von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird, weil sie nicht beherrschbar ist. Mit dem Festhalten an der Atomenergie geht die Bundesregierung nicht nur ein unverantwortbares Risiko ein, sie blockiert auch dringend benötigte Mittel für den eigentlichen Umwelt- und Naturschutz sowie für eine nachhaltige und umweltfreundliche Wirtschaftsweise.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333